

Fremdsprachen an der Primarschule: Was steht auf dem Spiel in den kantonalen Abstimmungen?

L'autore fa il punto alla situazione della politica linguistica che si sta profilando a ridosso delle votazioni in cinque cantoni della Svizzera tedesca, dove sono state lanciate delle iniziative contro l'insegnamento di due lingue seconde nella scuola elementare. La posta in gioco non è semplicemente cantonale ma nazionale. Infatti, se queste iniziative dovessero passare, allora il compromesso raggiunto con il modello 3/5 (prima lingua straniera al più tardi in terza elementare e seconda in quinta) sarebbe vanificato e il caos linguistico più o meno totale. Le conseguenze per la realtà linguistica e culturale svizzera potrebbero essere molto pesanti: comporterebbero infatti la graduale scomparsa del francese nella scuola dell'obbligo della Svizzera tedesca. Un segnale questo di chiusura non solo linguistica ma anche culturale da parte della Svizzera tedesca. La Romandia non tarderebbe poi ad abbandonare il tedesco a favore dell'inglese. Il rifiuto delle iniziative, questa la conclusione dell'articolo, non può essere che un imperativo dettato dalla ragionevolezza. (red.)

In fünf Kantonen kommen in den nächsten Monaten Initiativen gegen zwei Fremdsprachen in der Primarschule vors Volk, zuerst in Schaffhausen am 26. Februar. Warum sind diese Abstimmungen strategisch wichtig? Welche Konsequenzen könnte eine allfällige Zustimmung zu den Initiativen für die sprachpolitische und kulturelle Landschaft in der Schweiz haben? Diese Fragen müssen unbedingt gestellt werden, denn die Signalwirkung der Abstimmungsergebnisse kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sollte nämlich in diesen Kantonen den Initiativen zugestimmt werden, wäre eine Zuspitzung des nationalen Sprachkonflikts kaum mehr abzuwenden und die negativen politisch-kulturellen Konsequenzen kaum abzusehen.

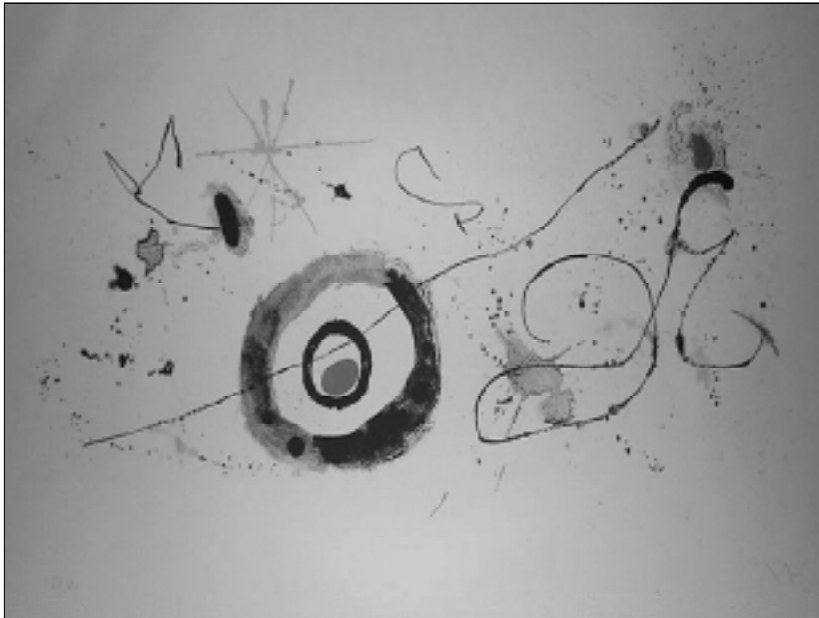
1. Dreissig Jahre Bemühungen für die Sprachen in der Volksschule

Blenden wir kurz zurück: Mitte der 70er Jahre lancierte die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) eine mutige und wichtige Reform: Fremdsprachen sollten nicht nur einer Elite zugute kommen, sondern mit einem Angebot in der Volksschule allen zugänglich gemacht werden. Nach dreissig Jahren ist der Erfolg leider mässig geblieben. Die Bevölkerung insgesamt, und dazu gehört auch die politische Elite im Parlament, beherrscht die Sprache der nationalen Nachbarn weniger als früher. Die Motivation Französisch bzw. Deutsch zu lernen, ist offensichtlich am Schwenden. Was für ein Armutszeugnis für ein Land, dessen Identität mit der kulturellen

und sprachlichen Vielfalt steht und fällt! Dass die romanischen und italienischen Minderheiten in Sachen Sprachenkompetenz etwas besser dastehen, ist ein schwacher Trost, beweist aber immerhin, dass Sprachenlernen nicht einfach eine Frage der Begabung oder der vermeintlichen Überforderung der Kinder ist, sondern sehr mit politisch-kulturellen Bedingungen und Einflussfaktoren zu tun hat. Man beobachtet auch mit aller Deutlichkeit, dass das Scheitern der Bemühungen um das Sprachenlernen zeitlich ziemlich genau mit dem beinahe unaufhaltsamen Vormarsch der deutschschweizerischen Mundart zusammenfällt. Dies dem Zufall zuschreiben zu wollen, wird sich wohl niemand ernsthaft zumuten.

In dieser Periode haben auch die politisch-kulturellen Spannungen zugenommen. Diese fanden u.a. in der sprachlich unangenehmen und antipatischen Form des Röstigrabens Ausdruck.

Man muss der EDK zugestehen, dass sie Ende der 90er Jahre einen weiteren mutigen Versuch zur Gegensteuerung machte. Sie tat dies mit dem Vorschlag eines Gesamtsprachenkonzepts, das der Schweiz gut angestanden hätte. Leider war auch diesem Versuch kein Erfolg beschieden. Zu stark waren die Partikularinteressen der Kantone, allen voran des Kantons Zürich, als dass eine gesamtschweizerische Sicht hätte überhandnehmen können. Die EDK sah sich so gezwungen, um einen Kompromiss zu ringen, der zumindest einen Rest an Glaubwürdigkeit und politischer Wirksamkeit hätte retten können. Dieser Kompromiss heisst Modell 3/5



Joan Miró, *Attraverso lo specchio*.

und darüber wird in den fünf erwähnten Kantonen abgestimmt. Wie alle Kompromisse ist es kein Ei des Kolumbus, aber vermutlich das Beste, was aus einer wahrlich zerfahrenen und verzwickten Situation gemacht werden konnte.

Dies gilt insbesondere, wenn man bedenkt, dass gleichzeitig die staatspolitische Diskussion zur Sprachenfrage jahrelang stockte. Die Landesregierung schubladisierte anfangs 2005 das aufgrund des Verfassungsauftrags längst fällige nationale Sprachengesetz, weil die Mehrheit der Bundesräte es als unnötig und ohnehin zu teuer betrachtete. Allerdings hat der Bundesrat die Rechnung ohne das Parlament gemacht, das nun in eigener Regie ein Gesetz vorschlägt, das bereits begonnen hat, seine politische Explosivkraft zu entfalten. Entgegen den Tendenzen in den von Zürich angeführten Kantonen der deutschen Schweiz, die Englisch bevorzugen, soll das Gesetz vorschreiben, dass in der Primarschule zuerst eine Nationalsprache gelehrt werden muss. Verschiedene Kreise aus der Zivilgesellschaft spielen gar mit der Idee einer

Volksinitiative, die diesem Prinzip auf Verfassungsebene zum Durchbruch verhelfen soll.

Der Ernst der Lage wird aber erst durch einen zusätzlichen Faktor einsichtig. Am 21. Mai wird das Schweizer Volk über eine Verfassungsänderung abstimmen, die dem Bund eine subsidiäre Kompetenz in Bildungsangelegenheiten einräumen wird. Im Klartext: Dem Bund wird das Recht zustehen, schweizerische Lösungen durchzusetzen, falls sich die Kantone nicht einigen können. Damit besteht die konkrete Aussicht, dass der Bund seine Interventionskompetenzen gerade in der Sprachenfrage wird einsetzen müssen.

2. Der Kompromiss der EDK: Modell 3/5

Wie gesagt, das von den Kantonen provozierte Kompromissmodell 3/5 ist nicht die optimale Lösung, es stellt aber immerhin einen Schritt in die richtige Richtung dar. Dadurch, dass zwei Sprachen in einem Abstand von zwei Jahren in der Primarschule be-

ginnen, eine davon eine Landessprache sein muss und die Wahl darüber, welche zuerst ansetzt, bei den Kantonen bleibt, erlaubt das Modell den Kantonen,

- das Problem der Mobilität in Grenzen zu halten,
- ihr Gesicht zu wahren, denn sie müssen in absehbarer Zeit nicht davon ausgehen, vor einem Scherbenhaufen zu stehen,
- sich auf eine seriöse Arbeit zu konzentrieren und insbesondere angemessene Bedingungen für einen wirklich frühen Fremdspracheunterricht und für die Berücksichtigung der Migrantensprachen zu schaffen.

Die Bestätigung des Modells 3/5 in Schaffhausen, Thurgau und Zug wird zudem das Risiko vermindern, dass die Gegner nur aus Angst, dass der bernische Schulvogt eingreifen würde, sich an der Abstimmung vom 21. Mai gegen die Verfassungsänderung für mehr Bundeskompetenzen äussern.

3. Zwei verhängnisvolle Strategien

Angesichts dieser komplizierten Rahmenbedingungen gilt es, zwei Strategien zu kritisieren, die in den letzten Monaten kursierten. Beide zielen darauf ab, die Bedeutung der kantonalen Abstimmungen zu bagatellisieren und die Sorge um deren Resultat als unverhältnismässig bzw. für die Katz zu betrachten.

Die erste Strategie geht von einem verhängnisvollen politischen Kalkül aus, welches damit spekuliert, dass bei einer Ablehnung des Modells 3/5 die Verhältnisse derart unhaltbar sein werden, dass der Bund auf jeden Fall eingreifen und für Ordnung und koordinierte Verhältnisse sorgen wird.

Die zweite Strategie setzt auf ironische Banalisierung des Problems, indem sie behauptet, man gehe in der Schweiz zur Zeit nach dem Motto

vor: „Wenn wir schon nicht zwei Sprachen einigermaßen gut beherrschen, so sollen wir doch geflissentlich drei lernen“. Demzufolge werde die ganze Übung in einigen Jahren angesichts der noch mässigeren Erfolge und des grossen Aufwandes ohnehin in sich zusammenbrechen.

Es handelt sich offensichtlich um zynische bzw. bildungsfeindliche Strategien, die die Realität verkennen.

4. Warum die Ablehnung der Initiativen ein Gebot der Vernunft ist

Sollten nämlich die Initiativen gegen das Modell 3/5 Erfolg haben, so ist die Rechnung bezüglich der absehbaren Konsequenzen ziemlich schnell gemacht. Der Bund wird unter enormen Zugzwang geraten und darauf wird er praktisch nur zwischen zwei möglichen Szenarien auswählen können. Er kann auf eine Intervention verzichten, um die Kantone nicht zu brüskieren und den sogenannten Sprachfrieden zu wahren. Dann werden wir Kantone haben mit Modell 3/5, Kantone mit Modell 3/7 und niemand wird sich mehr darum bemühen, interkantonalen Verpflichtungen nachzukommen. Die Mobilität wird so v.a. für Familien in einem nie dagewesenen Mass eingeschränkt sein. Der Bund würde einen weiteren Glaubwürdigkeitsverlust in Kauf nehmen müssen, die Spannungen unter den Kantonen würden zunehmen, gleichzeitig mit den zentrifugalen Tendenzen der französischen Schweiz und der Minderheiten.

Schreitet aber der Bund ein und zwingt die Kantone zum Modell 3/5, gar mit Priorität für eine Nationalsprache, dann ist ein Referendum so gut wie sicher, denn die starken politisch-wirtschaftlichen Kräfte werden sich ein derartiges Eingreifen in die sogenannte Bildungshoheit der Kantone nicht gefallen lassen und sich v.a. Englisch als erste Sprache nicht wegnehmen

lassen wollen. Das Gespenst des Schulvogts aus Bern wird neue Blüten treiben. Man braucht keine Propheten zu sein, um die daraus folgende Abstimmung als eine schlichte Katastrophe einzuschätzen, denn die Frage würde in zwei Richtungen total ideologisiert werden: Kantone gegen Bund und Englisch gegen Nationalsprachen. Dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die unheilige Allianz „Kantone plus Englisch“ aus einer solchen Abstimmung siegreich hervorgeht, liegt quasi auf der Hand. Damit stünden wir für Jahre, wenn nicht für Jahrzehnte, vor einem sprach- und bildungspolitischen Scherbenhaufen. Können wir dies wollen? Im Grunde genommen sollten wir uns auf unsere Stärken besinnen: in der Literatur, in der Wissenschaft, in der Arbeitswelt, in der Politik und allgemein in der Kultur gilt es, mit neuen Idealen unsere Ressourcen auszuspielen. Dies hat zweifellos schon in der Volksschule anzusetzen, wo auch die Integration der enormen Kraft der kulturellen und sprachlichen Vielfalt, welche die Einwanderungssprachen und -kulturen mit einschliesst, zu beginnen hat. Ein Ja zum Modell 3/5 ist in der heutigen Situation auch ein Ja zur kulturellen Öffnung, ein Ja zur Zuversicht gegenüber den Lernfähigkeiten der Kinder und zur Einlösung ihres Rechtes auf Lernen. Es wäre auch ein Zeichen der Anerkennung der sprachlichen und kulturellen Minderheiten, was im ganzen Lande positiv aufgenommen und zur Stärkung der schweizerischen Identität beitragen würde.

Gianni Ghisla

ist Koordinator der Redaktion von Babylonla.

La citazione

"Wir haben falsche Signale ausgesendet, indem wir Englisch zur wichtigsten Fremdsprache erklärt haben. Englisch ist zwar sehr wichtig, doch es braucht nicht viel Druck, damit die Leute Englisch lernen. Deutsch und Französisch bleiben hingegen eine Pflichtübung. Wir spüren, dass es immer schwieriger wird, Arbeitnehmer mit guten Deutsch- bzw. Französischkenntnissen zu finden. Doch diese beiden Sprachen bleiben in der Schweiz am wichtigsten."

*Charles Bélaz,
CEO Manpower.
NZZ am Sonntag,
15.1.2006*